



Eingaben im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren zum Erlass eines Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

5. Übrige [20]

- alliancefinance
- Alliance Sud
- Association de Banques Privées Suisses ABPS
- Associazioni dell'economia del Ticino
- Bundesgericht
- Bundesverwaltungsgericht
- Centre Patronal CP
- Fédération des Entreprises Romandes FER
- foreign banks in Switzerland (Verband der Auslandsbanken in der Schweiz)
- Forum SRO
- Fédération Suisses des Avocats FSA
- Genève Place Financière
- Konsumentenforum kf
- Stiftung für Konsumentenschutz SKS
- Schweizerische Nationalbank
- Schweizerischer Versicherungsverband SVV
- SwissHoldings
- Treuhand-Kammer
- Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken VAV
- Verband Schweizerischer Vermögensverwalter VSV

GS / EFD		
+	- 6. Feb. 2015	+
Reg.-Nr.		

Vorab per E-Mail

Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Eidgenössisches Finanzdepartement
Rechtsdienst Generalsekretariat
Bernernhof
3003 Bern

Zollikon, den 5. Februar 2015

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

In der **alliancefinance** haben sich unabhängige Vermögensverwalter, Finanzdienstleister, Treuhänder, Rechtsanwälte sowie verschiedene Branchenorganisationen aus der gesamten Schweiz zusammengeschlossen. Hauptziel der Vereinigung ist das Engagement für einen attraktiven und wettbewerbsfähigen Finanz- und Wirtschaftsplatz Schweiz, für Rechtssicherheit und Stabilität.

Gerne nehmen wir nachfolgend zum vorliegenden Entwurf für ein Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) Stellung.

alliancefinance lehnt den vorgelegten Entwurf aus folgenden Gründen ab:

I. Grundsätzliche Aspekte

- a) Der Bundesrat begründet seinen Vorschlag für den Erlass des neuen Gesetzes allein damit, dass dadurch die Chancen auf eine gute Bewertung im Rahmen der Peer Review des Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch verbessert würden.¹ Dagegen fehlen Beschreibung und Abwägung aller Vor- und Nachteile des vorgeschlagenen Gesetzes und Vorgehens. Gemäss Art. 170 BV sind die Massnahmen des Bundes durch die Bundesversammlung auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Diese Forderung gilt auch für die gesetzgeberische Arbeit des Bundesrates. Die vorliegende Vorlage verletzt dieses Prinzip.
- b) Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) sollen verhindern, dass zwei Länder dieselbe Sache gleichzeitig besteuern. Sie dienen damit der Förderung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs. DBA können auch die Amtshilfe in Steuersachen regeln, dies ist aber nur ein Aspekt. In der bilateralen Verhandlung von DBA versuchen beide Staaten, die Interessen ihres Landes und ihrer Wirtschaft gegen diejenigen des Partnerlandes auszuhandeln. Durch das Vorgehen des Bundesrates werden alle Vorteile ausser Acht gelassen, die in einer zwischen-

¹ Gemäss Hinweis im erläuternden Bericht (S. 6) konnte Singapur die 2. Phase des Peer Review absolvieren, obschon damals die einseitige Anwendung des OECD-Standards noch nicht realisiert war. Damit müsste der zweite Schritt des Peer Review auch für die Schweiz ohne einseitige Anwendung des OECD-Standards möglich sein.

staatlichen Verhandlung bzw. Neuverhandlung von DBA zugunsten der Schweizer Wirtschaft erreicht werden könnten.

- c) Falls die Schweiz mit GASI bedingungslos ihre Leistung erbringt, brauchen die anderen Länder mit der Schweiz gar nicht mehr über ein neues DBA zu verhandeln. Sie haben ihr Hauptinteresse schon vor der Aufnahme von Verhandlungen erreicht. Die vorgeschlagene einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch entbindet damit die anderen Staaten von der Verhandlung und dem Abschluss eines neuen DBA und den damit verbundenen Konzessionen an die Schweiz. Sie erhalten, was sie wollen, ganz ohne Gegenleistung. Die Schweizer Wirtschaft verliert die Möglichkeit günstigere Lösungen im Rahmen eines neuen DBA auszuhandeln.
- d) Besonders unangebracht ist die Begründung des Bundesrates im Zusammenhang mit dem pendingen DBA mit den USA. Das ausgehandelte DBA folgt den Regeln des OECD-Standards. Bisher hat sich aber der US-Senat geweigert, das im September 2009 abgeschlossene DBA zu ratifizieren. Es kann nicht Aufgabe der Schweiz sein, die USA aus der selbstverschuldeten Nichtratifikation frei zu stellen, nur um „die Chancen auf eine gute Bewertung im Rahmen der Peer Review des Global Forum“ zu verbessern.
- e) Gemäss erläuterndem Bericht ist GASI nur als Übergangslösung gedacht, bis die entsprechenden DBA verhandelt und in Kraft gesetzt sind. Die dargelegte Problematik führt aber dazu, dass die anderen Staaten mit dem GASI gar nicht mehr am Abschluss eines neuen DBA interessiert sind. GASI wird damit entgegen der Absicht des Bundesrates zur Dauerlösung.
- f) Amtshilfe soll nur gegenüber Staaten erteilt werden, die in hinreichend engen und gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz stehen, und die in Fragen der Wahrung der Menschenrechte über jeden vernünftigen Zweifel erhaben sind, und so Gewähr dafür bieten, nachhaltig verlässliche Partner der Schweiz zu sein. Ein gewöhnliches DBA bietet nicht in allen Fällen die Voraussetzungen dafür, einem Staat Amtshilfe in Steuerfragen zu gewähren. Viele der im Anhang zum erläuternden Bericht aufgeführten Länder erfüllen diese Voraussetzungen nicht. Es steht in diametralem Gegensatz zur humanitären Tradition der Schweiz, solchen Staaten mittels GASI die Möglichkeit in die Hand zu geben, in der Schweiz befindliche Vermögenswerte ihrer politischen Gegner auszuspionieren und die so erhaltenen Informationen für Repressalien gegen diese Personen oder ihr Umfeld einzusetzen.
- g) Statt ein GASI zu beschliessen sollte der Bundesrat die wichtigsten offenen DBA, welche die Bedingungen gemäss Ziff. f) vorstehend erfüllen, neu verhandeln und rasch zum Abschluss bringen. DBA mit Ländern, welche diese Bedingungen nicht erfüllen, soll keine Amtshilfe gewährt werden.
- h) Die Annahme der Gesetzesvorlage hätte auch finanzielle Folgen. Der Verwaltungsaufwand wird massiv zunehmen. Zusätzliches Personal bei der ESTV wird nötig. Gemäss dem erläuternden Bericht (S. 13) rechnet der Bundesrat mit 47 Stellen bis 2017. Diese Kosten belasten die Bundeskasse und werden mit Steuereinnahmen gedeckt. Die Schweiz liesse sich einiges kosten, um im Gegenzug lediglich den Ruf des Schweizer Finanzplatzes zu stärken und ausländischen Staaten beim Steuereintreiben behilflich zu sein.

II. Ausgewählte einzelne Aspekte

- a) Der Bundesrat schreibt im erläuternden Bericht (S. 5), die einseitigen Massnahmen «bieten nicht das gleiche Ausmass an Rechtssicherheit und Stabilität wie ein bilaterales oder multilaterales

rales Abkommen». Dem widerspricht er auf S. 6: «Das GASI ist damit ein gleichwertiges Instrument wie ein DBA, ...». Oder auf S. 7: «Damit werden die Staaten, die von einer einseitigen Anwendung der Massnahme profitieren, auf die gleiche Stufe gestellt wie Staaten, mit denen die Schweiz ein DBA abgeschlossen hat. ...». Der Bundesrat ist sich also der Tatsache bewusst, dass er mit GASI den Druck auf Staaten wegnimmt, die mit der Schweiz kein neues DBA abschliessen, aber trotzdem in den Genuss der gleichen Amtshilfe kommen wollen.

- b) Der Gesetzesentwurf wirkt gegenüber anderen Staaten sehr akkommodierend. Ein Beispiel hierfür ist Art. 4 Abs. 2 GASI: Die ESTV erteilt die ersuchten Informationen nur dann, „wenn die zuständige Behörde des ersuchenden Staates oder Territoriums schriftlich bestätigt, ...“. Es kann doch nicht sein, dass die schriftliche Bestätigung der „zuständigen Behörde“ von Staaten, deren rechtsstaatliche Ordnung über keinerlei Zweifel erhaben ist, für eine Amtshilfe genügt. Eine solche „schriftliche Bestätigung der zuständigen Behörde“ kann nicht den gleichen Stellenwert haben wie der Wortlaut eines Staatsvertrages mit dem entsprechenden Land. Mit einer schriftlichen Erklärung auf Behördenstufe ist in keiner Art und Weise gewährleistet, dass im ersuchenden Staat die rechtlichen Grundlagen tatsächlich vorhanden sind, einem schweizerischen Ersuchen um Informationsaustausch entsprechen zu können. Anders als in einem DBA stehen der Schweiz keine Mittel gegen den ersuchenden Staat zur Verfügung, sollte sich nach erfolgtem Informationsaustausch herausstellen, dass der ersuchende Staat die Voraussetzungen nach Art. 4 GASI nicht erfüllt.
- c) Gemäss Art. 4 Abs. 4 GASI muss die ESTV die ersuchten Informationen nicht erteilen, wenn der ersuchende Staat Verpflichtungen, die sich aus einer früheren Bestätigung ergeben haben, nicht eingehalten hat. Hier muss es zwingend heissen: „Es ist der ESTV untersagt, die ersuchten Informationen zu erteilen, wenn ...“. Es ist nicht ersichtlich, weshalb der ESTV im Falle einer Verletzung der Regeln durch die Gegenseite einen Ermessensspielraum zu gewähren ist.
- d) In den in Art. 5 Abs. 2 GASI aufgeführten Fällen soll es der ESTV ebenfalls untersagt sein, Amtshilfe zu erteilen bzw. Auskünfte einzuholen. Der Wortlaut „Sie ist dabei nicht verpflichtet“ lässt zu viel Spielraum offen. Es besteht die Gefahr, dass Einzelfälle unterschiedlich und willkürlich behandelt werden.
- e) Es ist nicht einzusehen, weshalb die ESTV Informationen einholen soll, wenn kein konkreter Bedarf besteht (Art. 5 Abs. 1 GASI). Damit wird lediglich die ESTV beschäftigt, ohne dass dabei ein konkreter Nutzen für die Schweiz herauschaut.
- f) Art. 3 Abs. 2 GASI kommt einer Einladung gleich, dass irgendein Land, mit dem die Schweiz keinen Informationsaustausch vereinbart hat, über irgendwelche Leute irgendwo auf der Welt – also beispielsweise auch über im Exil lebende Dissidenten – ein Auskunftsbegehren stellen kann. Das ist absolut unverständlich, unnötig und absurd. Der ersuchende Staat muss ein nachweisliches und schützenswertes Interesse an den auszutauschenden Informationen haben. Andernfalls ist nicht ersichtlich, weshalb sich die Schweiz selber mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand belastet.
- g) Einem Staat oder Territorium werden Informationen erteilt, die „voraussichtlich erheblich“ sind (Art. 3 Abs. 1 GASI). Aus dem Gesetzestext geht nicht klar hervor, welche Informationen erheblich sind. Solche unklaren Bestimmungen schaffen Rechtsunsicherheit und lassen Raum für Interpretationen. Das gilt insbesondere dann, wenn kein oder ein DBA vorliegt, das den genauen Anwendungsbereich nicht regelt.

Wir bedanken uns für die entgegengebrachte Aufmerksamkeit und die Berücksichtigung unserer Anliegen und Positionen.

Mit freundlichen Grüßen

alliancefinance



Dr. Arthur Loepfe
Präsident



Prof. Dr. Hans Geiger
Vorstandsmitglied



lic. iur. Tamara Lauber
Geschäftsführerin

Eidgenössisches Finanzdepartment EFD
Staatssekretariat für Internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Mail: catherine.chammartin@sif.admin.ch

Bern, 15. Januar 2015

Stellungnahme zum GASI

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung vom 27. Oktober 2014, uns an der Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) zu beteiligen. Wie der Bundesrat bereits im April 2012 in seinem Bericht über Vor- und Nachteile von Informationsabkommen mit Entwicklungsländern betonte, entgehen diesen Ländern durch die Steuerflucht ins Ausland jedes Jahr Milliardenbeträge, die ansonsten zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit in die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen fließen könnten.

Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, engagiert sich deshalb in der Schweiz für eine transparente und entwicklungspolitische Steuerpolitik gegenüber Entwicklungsländern. Auf der internationalen Ebene setzen wir uns im Verbund mit zahlreichen Netzwerkpartnern für dasselbe Ziel ein. Wir freuen, mit der beiliegenden Vernehmlassungsantwort aus entwicklungspolitischer Sicht Stellung zum GASI zu nehmen, welches ja grossmehrheitlich Entwicklungsländer betrifft.

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung unserer Vorschläge in der geplanten Gesetzesvorlage.

Mit freundlichen Grüssen,

Alliance Sud



Vernehmlassungsantwort**Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)**

„Für Entwicklungsländer und -gebiete stellen Bestimmungen über den Informationsaustausch in Steuer-sachen ein taugliches Mittel dar, um von anderen Vertragsstaaten (inkl. Offshore-Finanzzentren) Informa-tionen zu beschaffen, die es diesen Jurisdiktionen gestatten, die Kapitalflucht und die Steuerhinterziehung durch dort steuerpflichtige Personen zu bekämpfen und damit ihr eigenes Steuersubstrat besser auszu-schöpfen.“

Der Bundesrat, [Vor- und Nachteile von Informationsabkommen mit Entwicklungsländern](#), 2012, S. 8

Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, begrüsst das geplante Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI). Wir halten es allerdings für kontraproduktiv, dass der Bundesrat die vorgeschlagene Massnahme in erster Linie als Reaktion auf den Druck des OECD Global Forum on Tax Transparency darstellt. Tatsächlich ist das GASI primär eine entwicklungspolitische Massnahme, und zwar eine eminent wichtige, die auch zur schweizerischen Entwicklungspolitik passt. Denn: Von den betroffenen 69 Staaten und Territorien (Stand 12. 9. 2014) handelt es sich bei 48 (also bei fast 70 %) um Länder, die [vom OECD Development Assistance Committee \(DAC\) zu den Entwicklungsländern gezählt](#) werden und als Empfänger öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit qualifizieren.

Der Bundesrat selbst wies bereits im April 2012 unmissverständlich auf die schädlichen Entwicklungsfolgen hin, die sich aus der Annahme und Verwaltung unverteuerter Gelder durch ausländische Finanzintermediäre ergeben. Wie er im Bericht über [Vor- und Nachteile von Informationsabkommen mit Entwicklungsländern](#) festhält, entgehen diesen Ländern durch die Steuerflucht ins Ausland jedes Jahr Milliardenbeträge, die sonst in die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen fliessen könnten. Auch betont der Bundesrat, „dass es wenig Sinn macht, solche Jurisdiktionen mit finanziellen Mitteln zu unterstützen und ihnen andererseits ein Instrument vorzuenthalten, das es ihnen gestatten könnte, durch von der Schweiz erhaltene steuerliche Informationen ihr innerstaatliches Steuersubstrat besser auszuschöpfen.“ (S. 9)

Wir begrüssen es, dass der Bundesrat nun aus dieser Einsicht die Konsequenz zieht. Nachdem die Schweiz verschiedenen Industrieländern bereits den automatischen Informationsaustausch versprochen hat, sollen mit dem GASI rund fünfzig Entwicklungsländer – darunter auch zahlreiche Länder, in denen die Schweiz öffentliche Entwicklungszusammenarbeit leistet – immerhin Zugang zur erweiterten Steueramtshilfe erhalten. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu einer entwicklungspolitisch kohärenten Schweizer Steuerausienpolitik.

Die Beschränkung des Geltungsbereichs der Vorlage auf Länder, mit denen bereits ein Steuerabkommen besteht, ist allerdings fragwürdig. Klar abzulehnen ist indes die Forderung nach Reziprozität (Art. 4. Abs. 2, Ziffer a). Im Prinzip bedeutet Reziprozität, dass zahlreiche Länder, in denen mit grosser Wahrscheinlichkeit keine Schweizer Bankguthaben zu finden sind, dennoch eine kostspielige rechtliche und administrative Infrastruktur aufbauen müssen, um Informationen über Konten auszusenden, die gar nicht existieren. Mindestens im Fall jener Länder, in denen die Schweiz Entwicklungszusammenarbeit leistet, sollten von der Forderung nach Reziprozität ausgenommen bleiben.

Für sinnvoll halten wir die Verankerung des Spezialitätenprinzips (Art. 4, Abs. 2, Ziffer d) sowie der Ausnahmeregelung (Ziffer e), die auch im OECD-Standard so vorgesehen ist. Die Ausnahmebestimmung, wonach Informationen unter ganz bestimmten Bedingungen – soweit dies im Recht des ersuchenden Staates so vorgesehen ist und von der Eidgenössischen Steuerverwaltung ESTV bewilligt wird – für andere Zwecke verwendet werden können, ist insbesondere für die Bekämpfung der Korruption und Geldwäscherei bedeutsam. So können die für steuerliche Zwecke übermittelten Daten durchaus Hinweise auf Korruptionsfälle und andere verbrecherische Handlungen ergeben, die es weiterzuverfolgen gilt.

Sinnvoll ist auch, dass sich die ersuchenden Staaten zur Geheimhaltung analog zu den nach innerstaatlichem Recht beschafften Informationen verpflichten müssen (Art. 4, Absatz 2, Ziffer b). Klar ungenügend ausformuliert ist hingegen der in Art. 4, Absatz 4 skizzierte Umgang mit Staaten, die früheren Verpflichtungen missachtet hat. Hier bleibt völlig offen, nach welchen Kriterien und auf der Grundlage welcher Informationen die ESTV nach wieviel Zeit eine Neueinschätzung vornimmt, ob erneut mit einer Verletzung der genannten Verpflichtungen zu rechnen ist. (Muss im ersuchenden Staat ein Regierungswechsel stattgefunden haben oder eine administrative Reform?) In seiner jetzigen Form führt Art. 4, Abs. 4 zwingend zu administrativer Willkür.

Abschliessend ist festzuhalten, dass die erweiterte Steueramtshilfe für rund fünfzig Entwicklungsländer kein Ersatz für den automatischen Informationsaustausch (AIA) sein darf. Alleine aufgrund seiner Abschreckungswirkung auf potentielle Steuersünder ist der AIA weiterhin das effektivste Mittel zur Bekämpfung der internationalen Steuerflucht. Dies gilt auch für die Steuerflucht aus Entwicklungsländern.

Bern, 15. Januar 2015



Association de
Banques Privées Suisses
Vereinigung
Schweizerischer Privatbanken
Association of Swiss Private Banks

Par e-mail

(catherine.chammartin@sif.admin.ch)

Madame Eveline Widmer-Schlumpf
Conseillère fédérale
Département fédéral des Finances
Bernernhof
3003 Berne

Genève, le 23 janvier 2015

Consultation sur la loi sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN)

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions d'avoir invité l'Association de Banques Privées Suisses (ABPS) à participer à la procédure de consultation ouverte le 23 octobre 2014 sur le projet de loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN).

Nous comprenons les raisons qui ont motivé le Conseil fédéral à décider le 19 février 2014 d'étendre unilatéralement le standard OCDE d'échange de renseignements à la demande à toutes les CDI conclues par la Suisse qui ne le contiennent pas encore. Cela étant, nous considérons que la situation a nettement évolué depuis le début de l'année passée et nous nous opposons maintenant à la LERN, pour les raisons suivantes.

La LERN arrive trop tard

L'admission de la Suisse en phase 2 du processus d'examen par les pairs devrait être décidée en février 2015 par le Forum mondial. Comme la consultation relative à la LERN s'achève le 5 février 2015, la LERN ne sera pas adoptée avant cette échéance. Par ailleurs, les deux autres conditions alternatives à l'admission de la Suisse en phase 2 sont déjà remplies (exception à la notification de la personne concernée par l'assistance administrative et transparence des actions au porteur). La LERN n'est donc pas indispensable et pourrait tout au plus servir à réussir l'examen de la phase 2 ; nous doutons cependant qu'elle ait une quelconque influence sur son résultat.

La Suisse a déjà suffisamment adapté son réseau de CDI

Le Forum mondial n'a cessé de déplacer le curseur à propos du nombre de CDI que la Suisse devrait adapter au standard OCDE : celui-ci est passé de 12 à 24, puis à une majorité, et enfin une majorité qualifiée qui inclut les principaux partenaires commerciaux de la Suisse. A un moment il faut tracer une ligne et défendre sa position. La Suisse a déjà adapté plus de la moitié de ses CDI (49 sur 85). Elle a conclu 7 AERF dans le seul but de répondre aux attentes du Forum mondial. La convention avec la France a enfin été corrigée, les Etats-Unis ne veulent pas ratifier le protocole pourtant signé par eux et un accord vient d'être trouvé avec l'Italie. La Suisse a donc rempli les exigences qui lui ont été imposées, bien plus que d'autres centres financiers.

12, rue du Général-Dufour
Case postale 5639
CH-1211 Genève 11

T +41(0)22 807 08 00
F +41(0)22 320 12 89
info@abps.ch

./..

www.abps.ch



Les CDI restantes peuvent aussi être renégociées

L'ABPS peut concevoir d'accorder le standard OCDE d'échange de renseignements aux pays dont les CDI ne l'incluent pas encore, mais pas unilatéralement. La Suisse a déjà renégocié une cinquantaine de ses CDI : à chaque fois, elle en a profité pour améliorer d'autres dispositions de la CDI, notamment parce que la politique conventionnelle de l'autre Etat s'était assouplie depuis la conclusion de sa CDI avec la Suisse. Ont ainsi été souvent obtenus : une réduction des retenues à la source étrangères, une exonération des institutions de prévoyance professionnelle, une clause d'arbitrage. Ces avantages sont loin d'être mineurs et les CDI restantes devraient aussi bénéficier d'une mise à jour, dans le cadre d'une négociation.

L'avenir est aux conventions multilatérales

Un Etat étranger n'a cependant même pas besoin de renégocier sa CDI avec la Suisse, puisque celle-ci a signé les conventions multilatérales de l'OCDE relative à l'échange automatique en novembre 2014 et à l'échange à la demande en octobre 2013. Contrairement à la première, la seconde lie automatiquement un Etat envers tous les autres dès la ratification de la convention. Les Etats qui souhaiteraient obtenir l'échange à la demande de la part de la Suisse n'ont donc qu'à adhérer à la convention multilatérale y relative. Et parmi les trois douzaines de pays dont la CDI avec la Suisse n'est pas encore au standard OCDE, on voit mal lesquels sont des partenaires économiques suffisamment importants pour que l'on reproche à la Suisse son manque de proactivité à leur égard. Certains de ces pays n'ont d'ailleurs pas d'intérêt à recevoir des informations de la part de la Suisse, qui seraient soit sans objet faute d'impôt local, soit mal utilisées faute d'Etat de droit sur place.

Ne dispensons pas les Etats-Unis de respecter leurs engagements !

Enfin et surtout, la LERN aurait pour effet d'accorder le standard OCDE aux Etats-Unis alors que ceux-ci refusent depuis plus de cinq ans de ratifier le protocole à la CDI qu'ils ont signé le 23 septembre 2009. Ce protocole leur est pourtant indispensable pour qu'ils puissent adresser des demandes groupées à la Suisse dans le cadre de l'accord intergouvernemental (IGA) pour faciliter la mise en œuvre de FATCA.

En conclusion, l'ABPS estime que les mesures prises par la Suisse pour mettre à jour son réseau de CDI sont déjà largement suffisantes et doivent être défendues comme telles. Il est d'ailleurs symptomatique du caractère inutile de la LERN que son dernier article prévoit déjà les conditions de son abrogation.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre très haute considération.

ASSOCIATION DE BANQUES
PRIVEES SUISSES

Le Directeur:

Michel Dérobert

Le Directeur adjoint:

Jan Langlo

SFI Segreteria di Stato per le questioni
finanziarie internazionali
Gentile signora
Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Bern

Lugano, 29 gennaio 2015

Consultazione relativa all'applicazione unilaterale dello standard OCSE sullo scambio di informazioni su domanda

Gentili Signore,
Egregi Signori,

con la presente formuliamo entro il termine scadente il 5 febbraio 2015 le nostre osservazioni nell'ambito della consultazione menzionata a margine.

Innanzitutto precisiamo che le nostre associazioni, pur non essendo tra i destinatari indicati esplicitamente nella consultazione, hanno un interesse concreto e diretto in merito.

L'adeguamento allo standard OCSE in Svizzera attualmente avrebbe effetti economici prevalentemente sulla piazza ticinese. Con l'Italia la Svizzera non ha infatti ancora concluso alcuna convenzione contro la doppia imposizione di nuova generazione in cui vengono introdotti i menzionati standard OCSE, contrariamente a quanto avvenuto con la maggior parte degli altri Stati europei. Ne consegue che nelle altre piazze svizzere, in cui la presenza di clienti italiani è meno preponderante, di fatto l'adeguamento agli standard OCSE è già stato attuato, in via bilaterale. L'adeguamento unilaterale oggetto della presente consultazione per queste piazze avrà quindi un'importanza notevolmente minore rispetto al Ticino.

Va inoltre precisato che con l'Italia sono attualmente (ancora) in corso trattative bilaterali. Tra i temi oggetto delle trattative vi è pure quello dello scambio di informazioni su richiesta in ambito fiscale (art. 26 OCSE). E' evidente che l'adeguamento unilaterale in Svizzera, peraltro preannunciato pubblicamente da tempo, ha reso meno interessante per l'Italia la conclusione di un accordo bilaterale avente il medesimo oggetto.

Pensando quindi alle trattative bilaterali, in corso e future, con singoli Stati con i quali non è ancora stato concordato lo scambio di informazioni su richiesta, reputiamo che una simile adeguamento unilaterale comporti una chiara diminuzione del potere contrattuale della Svizzera. Oltre all'Italia vi è ad esempio la Croazia, paese con cui in futuro saremo verosimilmente confrontati su alcuni temi, non da ultimo quello della migrazione.

Per questa ragione consideriamo quindi che un tale adeguamento sia perlomeno imprudente. Anche perché ci risulta che a livello OCSE la Svizzera abbia comunque già siglato il numero di convenzioni di nuova generazione richiesto e non subisce pertanto particolari pressioni al riguardo. Ci opponiamo quindi **in via principale** alla prospettata applicazione unilaterale.

Inoltre, lo scorso dicembre l'Italia ha adottato una normativa interna, la cosiddetta "voluntary disclosure", volta a far riemergere capitali detenuti all'estero e non dichiarati fiscalmente. In tale legge si prevede che ci saranno conseguenze più severe per quei capitali detenuti in paesi con i quali l'Italia non avrà stipulato entro 60 giorni dall'entrata in vigore della sua normativa un accordo che contempli lo scambio di informazioni su richiesta sulla base dello standard OCSE. In pratica si tratta di un trattamento differenziato (discriminatorio) tra i singoli Stati.

Ora, tenuto conto di quanto sopra, riteniamo che un'applicazione unilaterale dello standard OCSE non possa assolutamente andare a beneficio di un paese che, nell'applicazione della propria legge interna, mette in atto un trattamento discriminatorio nei nostri confronti.

Questo trattamento potrebbe infatti indurre soggetti fiscali italiani attualmente titolari di averi in Svizzera a far riemergere i loro averi da un altro Stato, per non subire un trattamento penalizzante. Ciò a detrimento della piazza Svizzera e a vantaggio di altre piazze concorrenti.

Per questa ragione, in via subordinata alla nostra opposizione di cui sopra, sarebbe a nostro avviso necessario che, nell'ambito delle trattative bilaterali in corso, nel caso in cui, nonostante le recenti notizie, non si giungesse entro il citato termine di 60 giorni alla stipula di uno specifico accordo, l'Italia riconosca comunque che, tenuto conto della prospettata applicazione unilaterale, la Svizzera non verrà sottoposta ad alcun trattamento discriminatorio.

Altrimenti, nel testo di legge in consultazione, bisognerà introdurre una riserva nei confronti di quei paesi che applicano trattamenti più severi nei confronti della piazza svizzera. Ciò corrisponderebbe peraltro allo spirito della mozione Noser del 13.12.2013, in cui si auspicava un adattamento solo nei confronti di quei paesi a cui la Svizzera non chiede controprestazioni.

Tale riserva potrebbe essere concepita nel seguente modo (aggiunta evidenziata all'art.1 cpv. 1 lett. b del progetto di legge in consultazione):

*(2) con cui la Svizzera non ha convenuto lo scambio di informazioni conforme allo standard OCSE in alcun altro accordo internazionale, **sempre che detti Stati e territori non applichino regole più severe nei confronti di soggetti fiscali con averi detenuti in Svizzera rispetto al loro regime ordinario**.*

Infine, per le nostre associazioni, l'adeguamento non deve assolutamente prevedere la concessione delle cosiddette "fishing expedition".

Con i migliori saluti.

Associazione bancaria ticinese
Il Direttore



Franco Citterio

Associazione industrie ticinesi
Il Direttore



Stefano Modenini

Camera di Commercio, dell'industria,
dell'artigianato e dei servizi del Cantone Ticino
Il Direttore



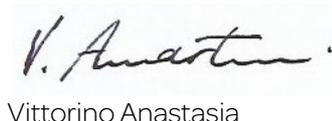
Luca Albertoni

Camera ticinese dell'economia
fondiaria
Il Presidente



Gianluigi Piazzini

Società impresari costruttori sezione Ticino
Il Direttore



Vittorino Anastasia

Copia per conoscenza a: economiesuisse

Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal



Der Generalsekretär
CH - 1000 Lausanne 14
Tel. 021 318 91 02
Fax 021 323 37 00
Korrespondenznummer 10.9

An die Vorsteherin des
Eidg. Finanzdepartements EFD
Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Bundesgasse 3
3003 Bern

vorab per E-Mail an:
catherine.chammartin@sif.admin.ch

Lausanne, 29. Januar 2015/lza

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI): Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben das Bundesgericht eingeladen, im Rahmen des oben erwähnten Vernehmlassungsverfahrens bis zum 5. Februar 2015 Stellung zu nehmen; dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir teilen Ihnen mit, dass das Bundesgericht auf eine Vernehmlassung verzichtet.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochschätzung.

Freundliche Grüsse

Dr. iur. Paul Tschümperlin

Kopie (per E-Mail)
– Bundesverwaltungsgericht

Bundesverwaltungsgericht

Tribunal administratif fédéral

Tribunale amministrativo federale

Tribunal administrativ federal

SIF

GS / EFD		
+	23. Jan. 2015	+
Reg.-Nr.		

Der Präsident / Die Präsidentenkonferenz

Postfach, 9023 St. Gallen
Telefon +41 58 70 52626
Registratur-Nummer 024.1

A-Post

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin
Eveline Widmer-Schlumpf
Eidgenössisches Finanzdepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

PDF- und Word-Version per E-Mail an:

catherine.chammartin@sif.admin.ch

St. Gallen, 23. Januar 2015 / gul

Vernehmlassung

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Für Ihre Einladung zur Stellungnahme vom 22. Oktober 2014 anlässlich des eingangs erwähnten Vernehmlassungsverfahrens danken wir Ihnen bestens. Wir haben den Entwurf mit Interesse zur Kenntnis genommen.

In der vorliegenden Angelegenheit verzichtet das Bundesverwaltungsgericht auf eine Stellungnahme. Wir bitten Sie, bei der Auswertung der Vernehmlassung die Antwort des Bundesverwaltungsgerichts als Enthaltung und nicht als Zustimmung auszuweisen.

Freundliche Grüsse


Der Präsident des
Bundesverwaltungsgerichts


Der Vorsitzende der
Präsidentenkonferenz

Jean-Luc Baechler

Hans Urech

Kopie an:

- Bundesgericht
- Bundesstrafgericht
- Bundespatentgericht

Département fédéral des finances
Madame Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Berne

catherine.chammartin@sif.admin.ch

Paudex, le 23 janvier 2015
SHR/aw

Consultation fédérale – loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN)

Madame,

Nous vous remercions de nous avoir consultés sur l'objet mentionné en titre et vous transmettons ci-après notre prise de position.

Le 13 mars 2009, le Conseil fédéral s'est engagé à reprendre les standards de l'OCDE relatifs à l'assistance administrative en matière fiscale, conformément à l'article 26 du Modèle de convention OCDE. Depuis cette décision, l'Administration fédérale des contributions (AFC) a mené des négociations avec de nombreux Etats afin d'intégrer une clause d'assistance administrative dans les conventions de double imposition (CDI) actuelles et dans les nouvelles conventions. Plus de la moitié des CDI ont ainsi été adaptées au standard OCDE. Le Conseil fédéral a en outre fixé les règles de procédure de l'assistance administrative dans une loi, à savoir la loi fédérale du 28 septembre 2012 sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale (Loi sur l'assistance administrative fiscale, LAAF). En février 2014, ce dernier a ensuite annoncé vouloir inscrire la norme de l'OCDE concernant l'échange de renseignements dans les CDI qui n'ont pas encore pu être adaptées à cette norme.

Le Conseil fédéral propose aujourd'hui ce projet de loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN) qui introduit unilatéralement un échange de renseignements, arguant qu'une partie des conventions conclues par la Suisse avec d'autres Etats sur l'échange de renseignements dans le domaine fiscal ne répond en effet pas à la norme définie par l'art. 26 du modèle de convention fiscale de l'OCDE. Il s'agirait, pour le Conseil fédéral d'une solution transitoire, cette loi devant être ensuite abrogée lorsque tous les Etats et territoires concernés seront couverts par un accord assurant l'échange de renseignements sur demande conforme à la norme internationale.

Nous doutons fortement de l'opportunité d'élaborer une loi spéciale permettant d'introduire unilatéralement un échange de renseignements à titre temporaire, ceci pour les raisons suivantes :

D'abord parce que le timing n'est pas le bon et que ce projet arrive trop tard. En effet, l'objectif avancé par le Conseil fédéral, qui était d'obtenir une bonne notation dans le cadre de l'examen par les pairs du Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements à des fins fiscales, ne pourra être atteint dès lors que le processus de décision est déjà en cours et que la décision finale de ce Forum interviendra en février 2015 déjà. Il n'y a pas dès lors pas d'urgence avérée.

De plus, l'adoption d'un système unilatéral tel que proposé dans la LERN ne tient pas compte des Conventions de double imposition (CDI) existantes : les Etats qui ont déjà signé en octobre dernier à Berlin l'accord multilatéral pour l'échange automatique de renseignements (EAR) devraient être exclus du champ d'application de la LERN, puisque la convention multilatérale est plus ferme que la LERN en matière notamment de réciprocité et de spécialité. Ainsi, la LERN ne permettra en aucun cas de garantir un *same level playing field* ni d'assurer une quelconque réciprocité. De même, plus généralement, la LERN serait contre-productive et pourrait contrecarrer les CDI existantes de même que les négociations des CDI en cours. Tel serait par exemple le cas avec les Etats-Unis avec lesquels des négociations pour une CDI sont en cours, ces derniers refusant pour l'heure de ratifier cette CDI sans motif valable.

A cela s'ajoute que la LERN prévoirait un effet rétroactif (dès février 2013), ce qui n'est pas admissible.

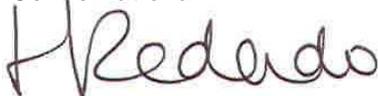
Enfin, le 14 janvier dernier, le Conseil fédéral a ouvert deux procédures de consultation sur l'échange international de renseignements qui permettrait l'échange automatique de renseignements. L'un des projets législatifs concerne la convention de l'Organisation de coopération et de développement économiques (OCDE) et du Conseil de l'Europe concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale, qui a été signée par la Suisse en 2013. Le deuxième projet concerne la participation de la Suisse à la convention multilatérale des autorités compétentes et la loi d'application de l'EAR. Le choix des pays avec lesquels la Suisse appliquera l'échange automatique de renseignements sera examiné par le Parlement, à une date ultérieure. Le projet de LERN est donc inutile – d'autant plus qu'il s'agit d'une loi transitoire qui sera ensuite abrogée – et il nous paraît préférable de régler la question de manière groupée au lieu de multiplier les consultations et les projets, parfois contradictoires.

Forts de ce qui précède, nous rejetons en l'état ce projet qui est inutile et superfétatoire et demandons que cette thématique soit traitée dans sa globalité, soit en même temps que l'EAR, afin de conserver une certaine cohérence et une vision globale et éviter des confusions.



En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Madame, à l'expression de notre considération distinguée.

Centre Patronal



Sandrine Hanhardt Redondo



Secrétariat général

catherine.chammartin@sif.admin.ch

Département fédéral des finances
Secrétariat d'Etat aux questions financières
internationales SFI
Bundesgasse 3
3003 Berne

Genève, le 4 janvier 2015
FER no 58-2014

Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange automatique de renseignements selon la norme OCDE (LERN)

Madame,

Nous nous permettons de vous faire parvenir ci-joint notre prise de position concernant la Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange automatique de renseignements selon la norme OCDE (LERN). La loi vise à étendre unilatéralement l'échange de renseignements sur demande à tous les Etats et territoires couverts par une convention contre les doubles impositions (CDI) en vigueur, qui ne contient pas la norme prévue à l'article 26 du Modèle de Convention fiscale de l'OCDE.

Vouloir adapter rapidement le réseau suisse des CDI à la norme internationale est en soi un objectif des plus louables. Mais si notre Fédération ne peut que saluer les efforts déployés par la Confédération pour assurer rapidement le respect des normes internationales en matière de fiscalité, elle est plutôt sceptique sur le timing choisi pour adopter la LERN et sa pertinence par rapport à d'autres instruments. En effet, même si la LERN est conçue comme une loi temporaire, subsidiaire à la Loi fédérale sur l'assistance administrative internationale en matière fiscale (LAAF) et à la Convention multilatérale de l'OCDE et du Conseil de l'Europe concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale (Convention multilatérale) et qu'elle est appelée à être abrogée à terme, elle ne se justifie pas, selon nous, pour accélérer la mise en œuvre du standard.

Si l'on en croit le rapport explicatif, l'un des objectifs de l'adoption de la LERN est de permettre à la Suisse de passer à la phase 2 du processus d'examen des pairs au Forum mondial. L'examen en question ayant lieu ce mois-ci, on peut dès lors fortement douter de l'influence de la LERN sur la notation d'ensemble. D'autres éléments seront pris en considération par le Forum mondial et le feront pencher en faveur d'une bonne notation de la Suisse. Nous pensons notamment aux modifications législatives relatives à l'identification des actions au porteur prévues dans le cadre de la mise en œuvre des recommandations GAFI (adoptées en décembre 2014 par les Chambres fédérales), à la renégociation des CDI existantes, ou encore à la conclusion d'accords sur l'échange de renseignements fiscaux (AERF).

Concernant les CDI, la Fédération constate que la LERN pourrait même être contreproductive puisqu'elle interférerait par exemple avec les négociations en cours sur des CDI en attente de ratification, telle que celle avec les Etats-Unis.

Par ailleurs, le Conseil fédéral a mis en consultation le 14 janvier dernier la ratification de la Convention multilatérale de l'OCDE et du Conseil de l'Europe concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale (Convention multilatérale). Sa ratification permettra à la Suisse d'accorder l'échange de renseignements à un nombre importants d'Etats. Cette Convention viderait ainsi la LERN de son sens, puisque que cette dernière ne s'applique que de manière subsidiaire. Enfin, pour la Fédération, la Convention multilatérale offre une sécurité juridique supérieure en matière de réciprocité et de confidentialité, rendant la LERN non souhaitable.

En conclusion, et pour toutes ces raisons, la Fédération ne soutient pas ce projet de loi, qu'elle juge inapproprié tant au niveau du timing choisi que de son effet escompté sur le respect de la norme internationale de l'échange de renseignements.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à la présente et vous prions d'agréer, Madame, nos salutations distinguées.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Delphine Trunde-Jaccard
Une directrice adjointe

foreign banks . in switzerland .

Staatssekretariat für Internationale
Finanzfragen
catherine.chammartin@sif.admin.ch

PER EMAIL

Zürich, 5. Februar 2015

VAS Stellungnahme GASI

Sehr geehrte Frau Chammartin

Am 22. Oktober 2014 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Entwurf des Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) zur Stellungnahme veröffentlicht.

Wir haben uns im Rahmen der üblichen Zusammenarbeit an der Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung beteiligt und unsere Position dort einbringen können. Wir unterstützen die dort angebrachten Kommentare und den Vorschlag, die Vorlage zu sistieren. Folgende Überlegungen sind ausschlaggebend für unsere Position:

Wir können den vermutlich wichtigsten Beweggrund des Gesetzesprojekts nachvollziehen. Die FATF/GAFI hat die Zahl der „neuen“ Doppelbesteuerungsabkommen als zu gering erachtet. Mit dem Vorschlag wäre die Schweiz diesen Bedenken entgegengekommen, was sich im anstehenden Länderexamen positiv auswirken würde.

Allerdings stimmen wir mit der Schweiz. Bankiervereinigung überein, dass a.) das Gesetz erst nach dem Länderexamen in Kraft treten würde, und b.) die kürzlich zur Vernehmlassung veröffentlichten Gesetzestexte zur gegenseitigen Amtshilfe in Steuersachen eine rechtlich bessere, international anerkannte und politisch auch korrekte Basis für die Ausdehnung der Zusammenarbeit in der Amtshilfe darstellt.

Die Schweiz unterzeichnete nur mit wenigen Ländern ein Doppelbesteuerungsabkommen, welche dem allgemeinen OECD Modell nicht beitreten wollen. Eine einseitig angebotene Amtshilfe könnte von Ländern, welche mit der Schweiz ein DBA verhandelten und Konzessionen machten, als Affront erachtet werden. Diese Reputationskosten sind beträchtlich.

Aus diesen Überlegungen erachten wir es als unnötig, das GASI weiterzuverfolgen. Vielmehr kann das Projekt sistiert werden. Die Sistierung kann aufgehoben werden, sollte die Ratifizierung des multilateralen Übereinkommens nicht erfolgen.

Freundliche Grüsse

VERBAND DER AUSLANDSBANKEN IN DER SCHWEIZ



Dr. Martin Maurer
Geschäftsführer



Raoul Wuergler
stv Geschäftsführer



Einschreiben / per E-Mail vorab

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf
Rechtsdienst Generalsekretariat
Bernerhof
3003 Bern

Zug, 30. Januar 2015

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrten Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2014, mit welchem Sie das Forum SRO zur Einreichung einer Stellungnahme in der oben genannten Angelegenheit eingeladen haben.

Das Forum SRO ist ein im Handelsregister des Kantons Zürich eingetragener Verein. Seine Mitglieder sind derzeit 10 Selbstregulierungsorganisationen (SRO) gemäss Geldwäschereigesetz, deren 9 ordentliche Mitglieder von der FINMA und ein assoziiertes Mitglied von der Eidgenössischen Spielbankenkommission beaufsichtigt werden. Zweck des Vereins ist es unter anderem, sich im Rahmen von Vernehmlassungen für die Belange der Mitglieder im Rahmen ihrer Tätigkeit als SRO einzusetzen. Für weitere Informationen steht Ihnen unsere Homepage unter www.forum-sro.ch zur Verfügung.

Gerne nehmen wir wie folgt kurz Stellung.

Das vorgeschlagene Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (nachfolgend: GASI) geht über die Anforderungen des OECD-Standards hinaus und ist deshalb in dieser Form abzulehnen.

Gemäss Erläuterungsbericht bezweckt das GASI die Umsetzung von Art. 26 des OECD-Musterabkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Bei diesem Musterabkommen handelt es sich um eine Rechtsgrundlage für den *bilateralen* Informationsaustausch in Steuersachen. Mit der fraglichen Vorlage wird jedoch kein bilateraler Informationsaustausch, sondern eine unilaterale Informationspflicht der Schweiz kodifiziert: Es handelt sich nicht um ein völkerrechtliches Übereinkommen, sondern um ein innerstaatlich geltendes Bundesgesetz mit lediglich für die

Schweiz geltenden Verpflichtungen gegenüber ausländischen Staaten bzw. Territorien. Entsprechend kann aus folgenden Gründen bei den für die Herausgabe der Informationen vorgesehenen Voraussetzungen nicht von solchen im eigentlichen Sinne die Rede sein:

- Das GASI gemäss Vorlage erweckt den Anschein, dass sich die Schweiz verpflichtet, lediglich für die Durchführung des mit der Schweiz abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommens bzw. zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Steuerrechts des ersuchenden Staates bzw. Territoriums relevante Informationen herauszugeben (Art. 3 Abs. 1 lit. b GASI). Art. 3 Abs. 1 GASI schränkt die Erfüllung dieser Voraussetzungen ein und sieht vor, dass auf Ersuchen Informationen erteilt werden, welche lediglich „voraussichtlich“ dafür erheblich sind. Damit wird die Voraussetzung des Nachweises der Zweckgebundenheit der ersuchten Informationen in der Tat stark abgeschwächt.
- Das GASI gemäss Vorlage erweckt ferner den Anschein, dass der ersuchende Staat bzw. das ersuchende Territorium Voraussetzungen erfüllen muss, um die ersuchten Informationen zu erhalten: Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates oder Territoriums muss gemäss Art. 4 Abs. 2 lit. a bis e GASI schriftlich bestätigen, dass (1) sie gestützt auf ihr innerstaatliches Recht Ersuchen aus der Schweiz ebenfalls gemäss dem internationalen Standard beantworten kann („Reziprozität“), (2) die Vertraulichkeit gewahrt wird und (3) die Informationen grundsätzlich nur für Steuer- bzw. Strafverfahren verwendet werden und nur den dafür zuständigen Behörden zugänglich gemacht werden. Da es sich beim GASI um ein Gesetz mit lediglich einseitigen Verpflichtungen der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegenüber Staaten und Territorien gemäss Art. 1 Abs. 1 GASI handelt, beschränkt sich die Prüfung der Einhaltung der Voraussetzungen nach Art. 4 Abs. 2 GASI lediglich auf die Vollständigkeit der schriftlichen Bestätigung des ersuchenden Staates bzw. Territoriums. Die Schweiz verfügt jedoch über keinerlei Möglichkeit, bei – auch offensichtlich – unzutreffenden schriftlichen Bestätigungen diese zu hinterfragen, geschweige denn zu überprüfen. Bei Nichteinhaltung der schriftlichen Bestätigung kann die Schweiz lediglich bei einem weiteren Gesuch des betreffenden Staates bzw. Territoriums die Herausgabe von Informationen verweigern (Art. 4 Abs. 4 GASI). Dadurch wird in Kauf genommen, dass die Schweiz Verletzungen – beispielsweise der Vertraulichkeit – durch den ersuchenden Staat machtlos gegenüber steht und dass damit Daten – auch eigener Bürger – im Ausland missbraucht bzw. zweckentfremdet werden.

Das Forum SRO lehnt daher das Gesetz aus Gründen der Rechtssicherheit in dieser Form ab.

Wir danken Ihnen im Voraus für eine wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Martin Neese
Präsident



C. Kindler
Caroline Kindler
Geschäftsführerin

SIF
A l'att. de Mme Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Berne

Envoi électronique à :
catherine.chammartin@sif.admin.ch

RR/jsa 312

Berne, le 6 février 2015

Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN)

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames,
Messieurs,

La Fédération Suisse des Avocats (FSA) n'a pas été consultée dans l'objet mentionné sous rubrique. La FSA entend toutefois prendre position par rapport à la procédure de consultation susmentionnée. En effet, la FSA a notamment pour but de représenter les avocats suisses auprès des Autorités fédérales, de protéger les droits et les intérêts des avocats suisses ainsi que de contribuer au développement du droit et de son application, dans l'intérêt général du justiciable et dans le respect des droits de l'homme.

Introduction

La FSA comprend l'opportunité du projet de Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN) dans la mesure où celle-ci s'inscrit dans la stratégie du Conseil fédéral pour une place financière compétitive qui respecte les normes internationales en matière fiscale et où celle-ci permettrait à la Suisse de modifier les conventions contre les doubles impositions (CDI) qui ne sont pas encore conformes à la norme internationale d'échange de renseignements sur demande. La FSA estime toutefois que de telles dispositions législatives ne peuvent être admises que sur une base de réciprocité garantie.

De plus, la FSA formule les remarques suivantes :

Remarques

1. Mesure unilatérale : application sous réserve de la garantie de réciprocité et du respect de la protection des données

La FSA est réservée par rapport à l'introduction du principe d'une mesure unilatérale d'échange de renseignements sur demande. Elle relève, à l'instar du Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements à des fins fiscales (Forum mondial), que des principes généraux du droit doivent être respectés lors de la mise en œuvre de telle mesure unilatérale.

La FSA souligne en particulier la nécessité d'appliquer les principes de réciprocité et de protection des données échangées. La FSA ne s'oppose pas au projet de loi en consultation à condition de l'existence garantie d'une absolue réciprocité.

La Suisse pourrait prévoir de telle mesure unilatérale uniquement si les Etats ou territoires concernés s'engagent selon le principe de réciprocité et concluent des accords bilatéraux ou multilatéraux qui apportent une plus grande sécurité juridique et stabilité (cf. art. 4 LERN).

De plus, même si, selon le Conseil Fédéral, l'application unilatérale de l'échange de renseignements est limitée à l'échange sur demande (et non à l'échange spontané ou automatique) et s'inscrit dans une durée déterminée comme dispositif dit « transitoire » en vue d'une réciprocité, la FSA y est opposée en l'état. En effet, ce dispositif dit transitoire peut s'inscrire dans la durée car il faudra probablement attendre encore longtemps jusqu'à ce que tous les Etats et territoires concernés soient couverts par un accord assurant l'échange de renseignements sur demande conformément à la norme internationale.

2. Droit applicable et dispositions spécifiques

L'exécution de l'échange de renseignements étant réglée par la loi sur l'assistance administrative fiscale (LAAF, RS 672.5), ce pour autant que la LERN ne contienne pas de dispositions spécifiques, la FSA renvoie à ses remarques détaillées dans sa prise de position relative à la LAAF (« Erlass eines Steueramtshilfegesetzes ») adressée au SIF le 11 avril 2011.

La FSA rappelle en particulier la nécessité de prévoir une disposition qui protège le secret professionnel et l'indépendance des avocat(e)s en matière d'assistance administrative fiscale et qui couvre également les activités de l'avocat(e) comme la rédaction des mémoires, des autres écritures et de la correspondance (cf. point 9.2. ad art. 8, p. 5 prise de position susmentionnée).

Pour le surplus, la FSA renvoie aux articles concernés de la LAAF et à ses remarques dans sa prise de position susmentionnée, en particulier aux articles 14 et 14a LAAF relatifs à l'information des personnes habilitées à recourir qui revêtent une importance capitale s'agissant des droits des justiciables (cf. art. 5 al. 4 LERN et renvoi).

3. Applicabilité temporelle

La FSA s'oppose catégoriquement et considère comme particulièrement problématique au regard des principes généraux de prévisibilité, de stabilité et de non rétroactivité du droit, que la LERN puisse s'appliquer, par le truchement du renvoi aux conventions de

doubles impositions conclues avec certains Etats (et non des moindres, notamment USA et France), à l'échange de renseignements concernant des données bancaires qui concernent une période débutant le 23 septembre 2009, respectivement le 1^{er} janvier 2010, ou à une date ultérieure, mais antérieure à l'entrée en vigueur de la LERN (cf. art. 9 al. 2 LERN).

La FSA considère comme indispensable de limiter l'applicabilité temporelle de la LERN et de ses nouvelles règles de droit concernant l'échange de renseignements à des demandes de renseignements pour des renseignements qui tombent dans l'applicabilité temporelle prévue à l'art. 9 al. 1^{er} LERN, soit sans rétroactivité.

Conclusion

En conclusion, à défaut du respect et de la garantie, d'une part, d'une absolue réciprocité des mesures introduites par la Suisse avec les Etats et territoires étrangers et, d'autre part, de la limitation de l'applicabilité temporelle (non rétroactive), la FSA s'oppose à ce projet de loi.

La FSA n'a pas été consultée dans l'objet mentionné sous rubrique, ni dans les consultations ouvertes actuellement en matière d'assistance administrative fiscale menées par le SIF. La FSA déplore cet état de fait et vous demande à l'avenir à être prise en considération dans les prochaines consultations que vous menez à titre de « milieux concernés par le projet dans le cas d'espèce » (cf. art. 4 al. 2 lit. e loi fédérale sur la procédure de consultation, RS 172.061, et art. 10 ordonnance sur la consultation, RS 172.061.1).

La FSA vous remercie de prendre en compte ses remarques et vous prie d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, l'expression de sa considération distinguée.



Pierre-Dominique Schupp
Président FSA



René Rall
Secrétaire général FSA

Par e-mail
(catherine.chammartin@sif.admin.ch) et par
courrier
Madame Eveline Widmer-Schlumpf
Conseillère fédérale
Département fédéral des finances
Bundesgasse 3
3003 Berne

Genève, le 2 février 2015

Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN)

Madame la Conseillère fédérale,

La Fondation Genève Place Financière (FGPF) souhaite prendre position au sujet de la Loi fédérale sur l'application unilatérale de l'échange de renseignements selon la norme de l'OCDE (LERN).

A. REMARQUES D'ORDRE GENERAL

En février 2014, le Conseil fédéral a décidé d'étendre unilatéralement l'échange de renseignements sur demande conforme à la norme de l'OCDE à tous les Etats et territoires couverts par une convention de double imposition (CDI) en vigueur, dans la mesure où les dispositions contenues dans un tel traité ne correspondaient pas au standard international en question.

Selon le Rapport explicatif (p. 4), le but de cette démarche était avant tout de permettre à la Suisse de passer à la phase 2 du processus d'examen par les pairs dans le cadre de l'examen prévu par le Forum mondial sur la transparence et l'échange de renseignements à des fins fiscales (ci-après « Le Forum Mondial »).

Sur le principe, la FGPF peut saluer les efforts déployés par la Confédération pour permettre à la Suisse de réussir son examen de passage auprès du Forum Mondial. Toutefois, le projet soumis à consultation pose plusieurs problèmes qui sont abordés plus spécifiquement ci-dessous.

Il en découle que la FGPF n'est globalement pas favorable à ce projet de loi.

B. COMMENTAIRES SPECIFIQUES

1. Lien avec l'examen par les pairs du Global Forum

En principe, la décision visant à permettre à la Suisse de passer à la phase 2 du processus d'examen par les pairs devrait être prise en février 2015 au Forum Mondial. Or, le délai pour la prise de position relatif au projet de LERN arrive à échéance le 5 février 2015. Par conséquent, on peut légitimement se demander si ce projet aura une quelconque influence sur l'évolution du dossier au Forum Mondial.

A cela s'ajoute que, comme le relève le Rapport explicatif (p. 4), la Suisse a déjà pris d'autres mesures visant à satisfaire aux conditions (alternatives et non pas cumulatives) posées par le Forum Mondial. D'une part, elle a prévu des exceptions à la notification de la personne concernée dans le cadre de procédures d'assistance administrative en matière fiscale en application de la LAAF. Cette modification législative est entrée en vigueur le 1^{er} août 2014. D'autre part, elle a fixé des règles plus strictes concernant l'identification des détenteurs d'actions au porteur en lien avec la transposition en droit suisse des recommandations révisées du GAFI (La loi en question a été adoptée par les Chambres fédérales en décembre 2014).

Au vu de ce qui précède, la LERN n'est pas indispensable pour atteindre le but recherché.

2. Lien avec la Convention multilatérale de l'OCDE et du Conseil de l'Europe sur l'échange de renseignements à la demande

La FGPF rappelle que la Suisse a signé la Convention multilatérale de l'OCDE et du Conseil de l'Europe concernant l'assistance administrative mutuelle en matière fiscale en octobre 2013 déjà (voir Rapport explicatif, p. 4). Ce texte lie automatiquement un Etat envers tous les autres dès que sa ratification est intervenue. Or, à fin 2014, 84 Etats avaient signé cette Convention. Sa ratification par de nombreux pays devrait suivre dans un futur proche, dans la mesure où, en particulier, le G20 incite ses membres à procéder de la sorte.

Le Conseil fédéral a d'ailleurs lancé le 14 janvier 2015 la procédure de consultation en vue de la ratification de cette Convention. Par le biais de cette ratification, le nombre d'Etats auxquels la Suisse accordera l'échange de renseignements sur demande fera un bond considérable. Les principaux partenaires de la Confédération seront ainsi couverts. Compte tenu de son caractère subsidiaire (voir condensé p. 2), la LERN ne s'appliquerait alors qu'à un nombre limité de pays avec lesquels la Confédération n'entretient que des liens économiques modestes (p.ex. Belarus, Côte d'Ivoire, Gambie, Iran, Mongolie, Venezuela, etc.).

A cela s'ajoute encore que la Convention multilatérale offre une meilleure base juridique en matière de respect des principes de réciprocité et de spécialité.

Dans la perspective d'une ratification de la Convention multilatérale de l'OCDE et du Conseil de l'Europe, la LERN est donc superflue.

3. Lien avec des Convention de double imposition (CDI) bilatérales

Le Rapport explicatif décrit la situation actuelle en matière de CDI bilatérales (p. 6 et 7).

Le projet n'évoque toutefois pas suffisamment les cas dans lesquels une CDI bilatérale conforme au standard de l'OCDE a déjà été ratifiée par la Suisse, mais pas encore pas l'Etat cocontractant. Dans ce contexte, on pense notamment à la CDI avec les Etats-Unis qui est en attente de ratification depuis plus de cinq ans.

Pour la FGPF, la LERN ne saurait conduire à exonérer des Etats partenaires de la Suisse de la procédure de ratification usuelle d'une CDI conforme au standard de l'OCDE déjà paraphée et signée.

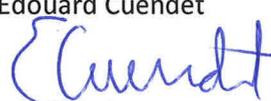
Nous vous remercions par avance de l'attention que vous voudrez bien porter à la présente prise de position et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre très haute considération.

Nicolas Pictet



Président

Edouard Cuendet



Directeur

GS / EFD
+ 30. Okt. 2014 +
Registratur



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Bundesgasse 3
3003 Bern



z.K: SiF

Bern, 29.10.2014

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit bei der oben genannten Anhörung Stellung nehmen zu dürfen. Wir werden davon nicht gebrauch machen, sind aber am weiteren Informationsfluss interessiert.

Freundliche Grüsse
Konsumentenforum kf

Michel Rudin
Geschäftsführer

De : Gubinelli Oriana [<mailto:o.gubinelli@konsumentenschutz.ch>]

Envoyé : mardi 4 novembre 2014 12:24

À : Chammartin Catherine SIF

Objet : Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Guten Tag

Besten Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme betreffend oben genannte Anhörung.

Leider hat die Stiftung für Konsumentenschutz momentan keine Kapazitäten, um eine Stellungnahme zu schreiben.

Freundliche Grüsse

Oriana Gubinelli
Beraterin

Stiftung für Konsumentenschutz SKS
Monbijoustrasse 61
Postfach
3000 Bern 23
Tel. direkt: 031 370 24 25
Fax: 031 372 00 27
o.gubinelli@konsumentenschutz.ch
www.konsumentenschutz.ch

SKS stärkt die Konsumenten.

[SKS-Beratung](#)

[SKS-News](#)

[Jetzt Gönnermitglied werden](#)



Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Bern

Börsenstrasse 15
Postfach, CH-8022 Zürich
Telefon +41 44 631 31 11
Fax +41 44 631 39 11
www.snb.ch

Zürich, 9. Januar 2015

Recht / 1400222
christina.kessler@snb.ch

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD- Standards zum Informationsaustausch (GASI): Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Chammartin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. Oktober 2014 in rubrizierter Angelegenheit.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zum Gesetzesvorhaben Stellung zu nehmen und teilen Ihnen mit, dass wir keine Bemerkungen dazu haben.

Freundliche Grüsse
Schweizerische Nationalbank



Dr. Martin Plenio
Leiter Recht



Christina Kessler
Beraterin

Frau Dr. Catherine Chammartin
Head of Section International Tax Policy
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern
Per E-Mail an catherine.chammartin@sif.admin.ch

Zürich, 4. Februar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Dr. Chammartin

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und unterbreiten nachfolgend unsere Anliegen.

Stellungnahme

Der Schweizerische Versicherungsverband (SVV) vertritt die Ansicht, dass die GASI Gesetzesvorlage sistiert werden soll.

Begründung

Seit dem Auftrag des Bundesrats vom 19. Februar 2014 an das EFD, eine Vorlage für die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch auf Anfrage auszuarbeiten, hat sich die Situation wesentlich verändert, so dass die Notwendigkeit von GASI entfällt.

Der SVV begrüsst zwar die Bestrebungen des Bundesrates, die Bewertung im Rahmen der Peer Review des Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke zu verbessern. Die Vorlage ist jedoch für die Intention einer verbesserten Bewertung im Rahmen der Phase 1 des Peer Review des Global Forums nicht mehr relevant und dahingehend überholt. Gestützt auf den Bericht der Peer-Review-Gruppe des Global Forums wird im Februar 2015 diskutiert, ob die Schweiz die Bedingungen für den Übergang zur Phase 2 der Peer Review erfüllt.

GASI soll subsidiärer Natur sein und lediglich Anwendung finden, wenn der betreffende Staat oder das betreffende Territorium sein Amtshilfeersuchen nicht gestützt auf eine andere rechtliche Basis stellen kann. Auch das multilaterale Übereinkommen des Europarats und der OECD über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen (Amtshilfeübereinkommen) stellt die Rechtsgrundlage für den Informationsaustausch. Die Anzahl Länder, mit denen die Schweiz Amtshilfeersuchen behandeln kann, erhöht sich durch die Ratifizierung wesentlich. Ca. 90 Länder/Jurisdiktionen haben das Amtshilfeübereinkommen unterzeichnet. Gestützt auf das Amtshilfeübereinkommen werden Amtshilfeersuchen nach internationalem Standard in der Schweiz gestellt werden können - vorausgesetzt die ersuchenden Länder haben das Amtshilfeübereinkommen ebenfalls in Kraft gesetzt. Die Anwendung des Amtshilfeübereinkommens birgt den Vorteil, dass die Prinzipien der Reziprozität und Spezialität garantiert werden. Die Abkommenspolitik der Schweiz beruht auf dem Ansatz, dass ein Informationsaustausch gestützt auf verhandelte bilaterale Abkommen oder eines multilateralen Abkommens erfolgt. Dieser Ansatz ist einem einseitigen Gesetz vorzuziehen und beizubehalten.

Zusammenfassung

Da die GASI-Gesetzesvorlage u.a.

- für die Intention der verbesserten Bewertung im Rahmen der Phase 1 des Peer Review des Global Forums nicht mehr relevant ist und
- die Amtshilfe u.a. gestützt auf das Amtshilfeübereinkommen ermöglicht wird,

vertritt der SVV die Ansicht, dass die GASI Gesetzesvorlage sistiert werden soll.

Sollte die Ratifizierung des Amtshilfeübereinkommens wider Erwarten nicht erfolgen, kann die Sistierung der GASI Gesetzesvorlage aufgehoben und der Gesetzesentwurf materiell diskutiert werden.

Wir hoffen, dass unsere Kommentare gehört werden und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

Schweizerischer Versicherungsverband SVV



Lucius Dürr
Direktor



Marc Chuard
Leiter Ressort Finanz & Regulierung

2. Februar 2015

Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Frau Catherine Chammartin
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Email an: catherine.chammartin@sif.admin.ch

Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf des Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Chammartin

Wir bedanken uns bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standard zum Informationsaustausch (GASI).

Allgemeine Ausführungen zum GASI:

Im Jahr 2009 haben die G-20 den Informationsaustausch auf Anfrage nach OECD-Standard zum internationalen Standard erklärt. Bereits 2010 hat das Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) damit begonnen, die Umsetzung des OECD-Standards durch die Staaten im Rahmen eines zweistufigen Prüfprozesses (Peer Review) zu untersuchen. Denjenigen Staaten, die den Standard nicht korrekt umsetzen, haben die G-20 steuerliche Sanktionen angedroht.

Die Schweiz gehört zu den wenigen Ländern, die derzeit nicht einmal die erste Phase des Peer Review (gesetzliche Grundlagen) erfolgreich abgeschlossen haben. Aufgrund verschiedener gesetzlicher Neuerungen in den letzten zwei Jahren wird die Schweiz voraussichtlich noch dieses Jahr mit der zweiten Phase des Peer Review (tatsächliche Umsetzung des Standards) beginnen können. Allerdings ist unsicher, ob die Schweiz diese zweite Phase erfolgreich besteht und in der abschliessenden Gesamtbeurteilung ein positives Schlussergebnis erzielen kann. So bekunden verschiedene Staaten (z.B. Indien) grosse Mühe mit der restriktiven Beantwortung der Schweiz von Amtshilfegesuchen, die auf gestohlenen Daten beruhen.

Einer der Gründe, weshalb die Schweiz sich derzeit immer noch in der ersten Phase des Peer Review befindet, ist die geringe Zahl der standardkonformen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Das Global Forum verlangt von der Schweiz, dass zwei Drittel der Schweizer DBA dem OECD-Standard zum Informationsaustausch entsprechen. Auch wenn die Schweiz seit 2009 zahlreiche DBA angepasst hat und mittlerweile die Grosszahl der DBA mit G-20 Staaten dem Standard entsprechen, überwiegt derzeit immer noch die Zahl der nicht standardkonformen Abkommen. Aktuell sind Schweizer DBA mit 66 Staaten und Jurisdiktion nicht mit dem OECD-Standard vereinbar.

SwissHoldings setzt sich seit langem dafür ein, dass die Schweiz alles daran setzt, den Peer Review des Global Forum erfolgreich abzuschliessen und die Risiken von steuerlichen Sanktionen für die Schweizer Wirtschaft zu beseitigen. Will die Schweiz den Peer Review bestehen, sollte sie der Forderung des Global Forum nachkommen und bis zur abschliessenden Gesamtbeurteilung die Zahl der standardkonformen DBA signifikant erhöhen. Dies könnte die Chancen eines erfolgreichen Abschlusses des Peer Review markant verbessern.

Der erfolgversprechendste und einfachste Weg, die Zahl der standardkonformen DBA zu erhöhen, bildet die im Rahmen des GASI vorgeschlagene einseitige Anwendung des OECD-Standards auf alle Schweizer DBA. Mit Singapur hat bereits ein anderes Land diesen Weg eingeschlagen. Singapur hat seinen Peer Review im April 2013 erfolgreich abschliessen können. Wird die politische Behandlung des GASI zügig vorangetrieben und erfolgt die Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte noch im Jahr 2015, fliesst die markante Erhöhung der standardkonformen DBA in die abschliessende Gesamtbeurteilung des Peer Review der Schweiz ein.

Theoretisch eine weitere Möglichkeit die Zahl der Staaten zu erhöhen, mit denen die Schweiz den (bisherigen) OECD-Standard zum Informationsaustausch umgesetzt hat, besteht in der zügigen Ratifikation der revidierten OECD-/Europaratskonvention. Für SwissHoldings steht diese Konvention thematisch eng in Zusammenhang mit dem automatischen Informationsaustausch (d.h. dem neuen OECD-Standard) und dem Austausch von Unternehmensinformationen im Rahmen des BEPS-Projekts der OECD (z.B. Country-by-Country Reporting). Die Verabschiedung dieses Abkommens könnte im politischen Prozess noch auf erheblichen Widerstand stossen. Jedenfalls ist es für SwissHoldings unwahrscheinlich, dass die Verabschiedung dieser Konvention noch rechtzeitig vor der abschliessenden Gesamtbeurteilung des Peer Review erfolgen wird. Aufgrund dieser Einschätzung erachtet es unser Verband als riskant, von der Genehmigung des GASI durch den Bundesrat und die eidgenössischen Räte abzusehen und ausschliesslich auf die zügige Genehmigung der revidierten OECD-/Europaratskonvention zu setzen.

Zusammenfassend kann deshalb festgehalten werden, dass SwissHoldings die nach dem Vorbild Singapurs erfolgte einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch unterstützt und klar favorisiert. Damit die mit dem GASI verbundene, markante Erhöhung der standardkonformen DBA im Rahmen der abschliessenden Gesamtbeurteilung des Peer Review berücksichtigt werden kann, unterstützt SwissHoldings die zügige politische Verabschiedung des GASI durch den Bundesrat und die eidgenössischen Räte.

Spezifische Ausführungen zu einzelnen Bestimmungen des GASI

In Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a GASI wird festgehalten, dass die Schweiz die ersuchten Informationen nur erteilt, wenn die Behörde des ersuchenden Staats schriftlich bestätigt, dass sie gestützt auf ihr innerstaatliches Recht einem schweizerischen Ersuchen gemäss OECD-Standard ebenfalls nachkommen könnte. SwissHoldings unterstützt das Reziprozitätserfordernis des GASI. Allerdings sind wir der Ansicht, dass eine schriftliche Bestätigung der ausländischen Steuerbehörde nicht genügt. Wir sind der Ansicht, dass vor der erstmaligen Beantwortung eines Gesuchs eines bestimmten ausländischen Staats ein vertrauenswürdigeres Schriftstück vorgelegt werden muss. Ein solches könnte sein (i) ein Gutachten eines anerkannten Rechtsgelehrten des entsprechenden Staats; (ii) eine Bestätigung des obersten Gerichtshofs des Landes oder (iii) eine Bestätigung des Justizministers des entsprechenden Staats.

Weiter sind wir der Ansicht, dass in dem in Artikel 4 Absatz 4 GASI behandelten Sachverhalt der ESTV die Auskunftserteilung zu untersagen ist. Hält ein Staat die Reziprozitätsvorgaben

nicht ein, darf die ESTV einem Informationsersuchen dieses Staats nicht mehr nachkommen. Entsprechend ist das Verb „muss“ (nicht erteilen) durch „darf“ (nicht erteilen) zu ersetzen.

Wir bitten Sie um gebührende Berücksichtigung der in unserer Stellungnahme formulierten Anliegen und Forderungen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Dr. Martin Zogg
Mitglied der Geschäftsleitung



Martin Hess
Stv. Leiter Steuern, Dipl. Steuerexperte

cc SH-Vorstand

Per E-Mail an:
Staatssekretariat für internationale Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Email-Adresse: catherine.chammartin@sif.admin.ch

Zürich, 3. Februar 2015

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch – GASI (Frist: 5. Februar 2015)

Sehr geehrte Frau Chammartin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das Schreiben von Frau Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf aufgeschaltet auf der Webseite des Eidg. Finanzdepartements mit Datum vom 22. Oktober 2014 in rubrizierter Angelegenheit und bedanken uns für die Möglichkeit, zur ausgearbeiteten Vorlage Stellung nehmen zu können.

Die Treuhand-Kammer unterstützt im Lichte der internationalen steuerlichen Entwicklungen und der Strategie für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz Schweiz den Entwurf des Bundesgesetzes über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch, welcher den Vorbehalt der Reziprozität und die Wahrung der Vertraulichkeit (Datenschutz und Spezialitätsprinzip) angemessen berücksichtigt.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und hoffen, Ihnen mit diesen Informationen zu dienen.

Freundliche Grüsse
TREUHAND-KAMMER



Dr. Markus R. Neuhaus
Präsident Fachgruppe Steuern

Per E-Mail

SIF

Catherine.Chammartin@sif.admin.ch

Zürich, 5. Februar 2015

Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Chammartin

Die Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement und Vermögensverwaltungsdanken (VAV) ist Ihnen für die Einladung dankbar, am Vernehmlassungsverfahren zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI) teilzunehmen. Unsere Antwort beschränkt sich auf grundsätzliche Bemerkungen. Im Übrigen möchten wir uns der Stellungnahme der Bankiervereinigung, an deren Ausarbeitung wir mitgewirkt haben, anschliessen.

Einleitend möchten wir festhalten, dass wir die Beweggründe, die zum Entscheid des Bundesrates vom 19. Februar 2014 geführt haben, den Informationsaustausch auf Anfrage gemäss dem OECD-Standard einseitig auf alle Staaten und Territorien anzuwenden, bei denen das geltende Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) diesen Standard nicht enthält, nachvollziehen konnten. Der Entscheid sollte die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes erhalten. Dies unter Berücksichtigung der internationalen Standards im Steuerbereich und einer damit einhergehenden guten Bewertung im Rahmen der Peer Review des Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke.

Die Ausgangslage hat sich seither jedoch massgeblich verändert und dazu geführt, dass wir uns nun dafür aussprechen, das GASI nicht weiter zu verfolgen. Bitte lassen Sie unsere Beweggründe, die zu diesem Sinneswandel geführt haben, darlegen.

Die Schweiz hat bereits fünfzig Doppelbesteuerungsabkommen neu verhandelt und dabei den OECD-Standard zum Informationsaustausch integriert. Sie hat dabei auch die Gelegenheit wahrnehmen können, andere Dispositionen neu zu verhandeln und dabei Einiges erreicht. Würde der OECD-Standard nun einseitig auf die übrigen DBA angewendet, fänden diese Errungenschaften darin keinen Platz.

Zudem ist das GASI nicht die einzige Initiative des Bundesrates in diesem Zusammenhang. Am 15. Oktober hat die Schweiz das multilaterale Übereinkommen der OECD und des Europarates über die gegenseitige Amtshilfe in Steuersachen unterzeichnet. Dieses verpflichtet einen Staat automatisch nach der Ratifizierung des Abkommens gegenüber allen anderen Staaten, die das Abkommen

ebenfalls ratifiziert haben. Neben der Schweiz haben 83 Länder/Jurisdiktionen das Abkommen unterzeichnet (Stand 17. November 2014). Dazu gehören die bedeutenden Partnerstaaten der Schweiz. Das Global Forum rechnet damit, dass Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben, kurz vor der Ratifizierung stehen. Es ist für Staaten, die den Informationsaustausch auf Anfrage mit der Schweiz wünschen daher ein Leichtes, diesen auch zu erhalten. Denn sobald die Schweiz das Abkommen ratifiziert hat, müssen es ihr die ersuchenden Staaten nur gleichtun, um Amtshilfeersuchen auf dieser Basis stellen zu können.

Gemäss Erläuterungsbericht soll das GASI nur subsidiär Anwendung finden. Wir sind überzeugt, dass die Amtshilfe mit Ländern, die am multilateralen Übereinkommen beteiligt sind, auf einer besseren Grundlage erfolgen wird und die Reziprozitäts- und Spezialitätsprinzipien besser garantiert werden.

Wir befürchten zudem, dass das GASI dazu führen wird, dass verhandelte oder zu verhandelnde Abkommen von Partnerstaaten verzögert oder nicht in Kraft gesetzt werden, da der Druck zur Ratifizierung abnehmen würde.

Wir haben auch starke Zweifel daran, ob das GASI zu einer besseren Bewertung im Rahmen der Phase 1 des Peer Review des Global Forums führt, da es für uns reichlich spät kommt. Denn über die Aufnahme in die zweite Phase entscheidet das Global Forum bereits am 5. Februar 2015. Bis dahin wird das GASI jedoch mit Sicherheit noch nicht umgesetzt sein.

Aus den erwähnten Gründen sind wir der Meinung, dass die Vorlage nicht weiter verfolgt werden soll und stattdessen das multilaterale Übereinkommen für die Amtshilfe auf Anfrage zur Anwendung gelangen soll.

Für die Kenntnisnahme und wohlwollende Prüfung unserer Ausführungen möchten wir uns im Voraus bedanken.

Freundliche Grüsse

Dr. Pascal Gentinetta



Geschäftsführer

Simon Binder



Public Policy Manager



Verband Schweizerischer Vermögensverwalter | VSV
Association Suisse des Gérants de Fortune | ASG
Associazione Svizzera di Gestori di Patrimoni | ASG
Swiss Association of Asset Managers | SAAM

Dr. Catherine Chammartin
Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Staatssekretariat für internationale
Finanzfragen SIF
Bundesgasse 3
3003 Bern

Zürich, 5. Februar 2015

Per Email: catherine.chammartin@sif.admin.ch

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI)

Sehr geehrte Frau Chammartin

Wir nehmen Bezug auf Ihre Einladung vom 22. Oktober 2014 zur Anhörung zum Entwurf zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI). Wir möchten uns für diese Gelegenheit bedanken.

Zur Vorlage nimmt der VSV als führender nationaler Branchenverband der unabhängigen Vermögensverwalter wie folgt Stellung:

I. Grundsätzliche Bemerkungen

Auch wenn der VSV grundsätzlich die Bestrebungen der Schweiz, der Steuerhinterziehung in stabilen und demokratisch verfassten Rechtsstaaten keinen Vorschub zu leisten, unterstützt, wird der vorgelegte Entwurf zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch abgelehnt.

Dies zum einen, weil der VSV keine Erforderlichkeit für den Erlass eines solchen Gesetzes sieht, und zum anderen, weil er der Auffassung ist, dass ein gewöhnliches Doppelbesteuerungsabkommen (DBA), welches die Steuerhoheit der Vertragsstaaten abgrenzt, für sich allein gestellt keine genügende Grundlage ist, um einem anderen Staat Amtshilfe in Steuerfragen zu gewähren.

Bahnhofstrasse 35
CH-8001 Zürich
Tel. 044 228 70 10
Fax 044 228 70 11
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Chantepoulet 12
CH-1201 Genève
Tél. 022 347 62 40
Fax 022 347 62 39
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

Via Landriani 3
CH-6900 Lugano
Tel. 091 922 51 50
Fax 091 922 51 49
info@vsv-asg.ch
www.vsv-asg.ch

1. Positive Bewertung der Schweiz im Rahmen der Peer Review des Global Forum als Rechtfertigung für GASI

Die Notwendigkeit zum Erlass des GASI wird vor allem begründet, dass sich die Schweiz damit ihre Chancen auf eine gute Bewertung im Rahmen der Peer Review des Global Forum über Transparenz und Informationsaustausch für Steuerzwecke verbessern sollen.

Diese Begründung verfängt bei näherem Hinsehen überhaupt nicht.

Die G20-Finanzminister verlangen für die Zulassung der Schweiz zur 2. Phase der Peer Review, dass nur eine der folgenden drei Bedingungen erfüllt sein muss: a) Amtshilfe unter Einschluss der Möglichkeit der Informationsübermittlung ohne vorgängige Benachrichtigung der betroffenen Personen, b) Herstellung der Transparenz über die kontrollierenden Personen bei Gesellschaften, die Inhaberaktien ausgegeben haben, und c) eine genügende Anzahl von DBA, welche die Amtshilfe nach dem OECD-Standard vorsehen.

Die Bedingung gemäss a) und b) sind erfüllt. So sind seit dem Inkrafttreten des Steueramthilfegesetzes im Februar 2013 Gruppenersuchen an die Schweiz gemäss internationalem Standard möglich und mit der revidierten Fassung des Gesetzes, welche im August 2014 in Kraft trat, wurde eine Regelung betreffend Ausnahmen von der Information von betroffenen Personen nach Massgabe des Standards eingeführt. Weiter wurden die vom Bundesrat vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen zur Identifizierung der kontrollierenden Personen von Gesellschaften, die Inhaberaktien ausgegeben haben, im Dezember 2014 von den Räten im Rahmen der Umsetzung der revidierten FATF-Empfehlungen verabschiedet und sollen spätestens zu Beginn 2016 in Kraft treten.

Die Messung der Prüfer des Global Forum betreffend die genügende Anzahl von DBA mit Amtshilfebestimmungen nach dem OECD-Standard stammt aus dem Jahr 2010, wie sich aus den publizierten Ergebnissen der Peer Review zweifelsfrei entnehmen lässt. Seither hat die Schweiz eine sehr grosse Zahl von DBA nach dem neuen Amtshilfestandard abgeschlossen.

Zudem laufen zurzeit die Vernehmlassungen zum 2013 von der Schweiz unterzeichneten Amtshilfeübereinkommen von OECD und Europarat sowie zur Teilnahme der Schweiz an der multilateralen Vereinbarung der zuständigen Behörden (MCAA) und zum Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz), welches die Grundlage für die nationale Umsetzung des AIA nach dem OECD-Standard bilden soll. Parallel dazu finden auf bilateralem Weg laufend Neuverhandlungen bestehender DBA sowie Abschlüsse von Steuerinformationsabkommen (SIA) statt.

Damit sind nicht nur die Vorgaben G20-Finanzminister für den Eintritt in die zweite Runde der Peer Review erfüllt. Darüber hinausgehend sind damit praktisch alle Einstufungen der Prüfer als „partially compliant“ korrigiert und ausgeräumt.

Es besteht damit für die Prüfer kein Grund, der Schweiz im Rahmen der weiteren Prüfungen „schlechte Noten“ zu erteilen. Bestand 2010 im Verhältnis zu anderen Staaten noch Nachholbedarf, so dürfte dies mittlerweile nicht mehr der Fall sein.

Aus Sicht des VSV besteht kein Anlass für ergänzende Massnahmen in Form des GASI, mit welcher Steueramtshilfe nach OECD Standard pauschal allen Ländern gewährt wird, mit welchen noch kein revidiertes Doppelbesteuerungsabkommen besteht. Das Rechtssystem der Schweiz muss vom Ausland respektiert werden, und es muss der Schweiz die erforderliche Zeit eingeräumt werden, damit die DBA auf korrektem Rechtsweg angepasst werden können.

Der Bundesrat hatte 2009 entschieden, den OECD Standard bei der Amtshilfe in Steuersachen gemäss Art. 26 des OECD Musterabkommens als Basis für die Revision der DBA zu übernehmen. Die Anpassung jedes DBA soll aber neuen Verhandlungen mit dem jeweiligen Vertragspartner unterliegen und die Voraussetzungen zur Leistung von Amtshilfe sollen bei jedem DBA einzeln verhandelbar sein. Am Grundsatz, dass jegliche Form des Informationsaustauschs (automatisch und auf Ersuchen) nur auf staatsvertraglicher Grundlage erfolgen darf, muss festgehalten werden. Alles andere führt zu einer Aushöhlung des Rechtssystems.

Die Schweiz darf sich auch nicht durch die Androhung irgendwelcher, oft aber gar nicht existierender „schwarzer Listen“ unter Druck setzen lassen. Die bereits getroffenen und initiierten Massnahmen sind bei weitem ausreichend, dass die Schweiz zur 2. Phase der Überprüfung zugelassen wird. Nachdem das System der Peer Review durch das Global Forum sehr stark in Richtung des AIA weiterentwickelt wurde, ist klar festzuhalten, dass andere Elemente hier an Bedeutung verloren haben. Nur der guten Ordnung halber sei noch angemerkt, dass die derzeitige Terminplanung des Global Forum keine Länderprüfung für die Schweiz vorsieht.

2. Vorbehaltlose Übernahme des OECD-Standards zum Informationsaustausch auf alle noch nicht revidierten DBA

Amtshilfe in Steuersachen soll wie bisher nur gegenüber Staaten geleistet werden, welche in engen und gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen zur Schweiz stehen und welche im Inland für die Wahrung der Menschenrechte Gewähr bieten. Der VSV lehnt die Vorlage deshalb ab, weil das GASI uneingeschränkt und vorbehaltlos allen Ländern Steueramtshilfe gemäss neuem OECD-Standard gewähren soll, mit welchen ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) besteht. Anknüpfungspunkt für die einseitige Anwendung ist einzig und allein, dass die Schweiz zu einem in der Vergangenheit liegenden Zeitpunkt ein DBA mit dem be-

treffenden Staat abgeschlossen hat. Eine Differenzierung, ob im Vertragsstaat die Menschenrechte inklusive der wirtschaftlichen, politischen, ethnischen und religiösen Grundfreiheiten sowie die Rechtsstaatlichkeit gewahrt werden, sieht die GASl-Vorlage nicht vor. Ohne diese Differenzierung läuft die Schweiz Gefahr, indirekt zur Unterstützung von diktatorischen Regierungen beizutragen, indem diese durch auf dem Amtshilfeweg aus der Schweiz legal erworbene Informationen Steuern eintreiben können, welche das Unrechtsregime stützen. Nach Auffassung des VSV muss die Schweiz auch im innerstaatlichen Recht unmissverständlich verankern, dass Amtshilfeersuchen aus Staaten, welche die international anerkannten Grundrechte missachten, keine Folge gegeben wird. Das GASl macht keinen entsprechenden Vorbehalt und bildet so eine rechtliche Grundlage aufgrund welcher die Schweiz sich selbst in der Unterstützung von Unrechtsregimes bindet.

In mehreren Staaten, mit denen die Schweiz vor längerer Zeit ein DBA abgeschlossen hatte, dass bloss der Regelung der internationalen steuerlichen Abgrenzung dient, hat sich die politische und/oder wirtschaftliche Situation seit Vertragsschluss wesentlich verändert. So wurde zum Beispiel mit Ägypten ein DBA abgeschlossen, welches 1988 in Kraft getreten ist. Seither hat sich die politische und wirtschaftliche Lage des Landes stark verändert und Ägypten befindet sich seit dem arabischen Frühling 2011 in einer Umbruchsphase. Auf solche Veränderungen muss die Schweiz den aktuellen Umständen entsprechend reagieren können, und aufgrund der bestehenden Situation entscheiden, ob sie den OECD-Standard zum Informationsaustausch gewähren will und/oder diesen an weitere Voraussetzungen binden will. Jedenfalls scheint es dem VSV unverhältnismässig, hier ohne weitere Verhandlungen vorbehaltlos Amtshilfe in Steuersachen zu gewähren. Genauso verhält es sich auch gegenüber allen anderen Staaten, welche die Einhaltung der Menschenrechte nicht garantieren wollen oder können und die über kein oder ein nicht genügend funktionierendes Rechtssystem verfügen, mit denen die Schweiz aber irgendwann in der Vergangenheit, vielleicht unter einem anderen politischen Regime, ein DBA abgeschlossen hat.

Die Voraussetzungen zur Leistung von Amtshilfe müssen verhandelbar bleiben. Insbesondere muss die Schweiz weiterhin die Möglichkeit haben, aus ethischen oder rechtlichen Gründen, Staaten die Amtshilfe in Steuerfragen zu verweigern. Die Aushandlung eines neuen DBA bildet dafür die Grundlage zur Beurteilung der Situation im heutigen Umfeld.

DBA bestehen auch zwischen der Schweiz und Partnerstaaten, mit denen die Schweiz den AIA nicht anstrebt und mit denen es mit grösster Wahrscheinlichkeit aus den verschiedensten Gründen auch nie zum AIA kommen wird. Sobald ein DBA besteht, würde aber das GASl auch gegenüber diesen Staaten gelten. Wie beim AIA muss die Schweiz hier die Möglichkeit haben frei zu entscheiden, mit welchem Staat die Steueramtshilfe zur Anwendung kommen soll und wenn ja, ob diese an weitere Voraussetzungen geknüpft werden soll.

II. Zu den Inhalten der Vorlage

In Ergänzung zu den vorgängig angebrachten Punkten, soll nachfolgend auf einige ausgewählte Inhalte eingegangen werden:

1. Art. 1 E-GASI Geltungsbereich

Wie bereits bei den grundsätzlichen Bemerkungen ausführlich erläutert, lehnt der VSV die vorbehaltlose Anwendung des Standards von Artikel 26 des OECD-Musterabkommens auf alle DBA, welche die Schweiz abgeschlossen hat und die diesem Standard noch nicht entsprechen, ab. Grundsätzlich soll über jedes DBA neu verhandelt werden.

Die Anpassung aller anderen DBA soll neu zwischen der Schweiz und den Vertragsstaaten verhandelt werden. Möglich und sinnvoll wäre eine abschliessende Aufzählung der Staaten (aus der Liste der 69 Staaten mit noch nicht angepassten DBA), mit denen das GASI gelten soll. Auswahlkriterium hierfür sollen die gegenseitigen engen wirtschaftlichen Beziehungen sowie politische Stabilität und Wahrung der Menschenrechte sein. Dies gilt zum Beispiel für Australien, Belgien, Frankreich, Italien, Liechtenstein und ähnliche. In erster Linie sollen Staaten bevorzugt (im Sinn der sofortigen einseitigen Anwendung der Bestimmungen mit Inkrafttreten des GASI) behandelt werden, mit denen die Schweiz auch den AIA anstrebt. Für Staaten, mit denen die Einführung des AIA unwahrscheinlich ist, soll die Amtshilfe auf Ersuchen stets Gegenstand neuer DBA-Verhandlungen sein.

2. Art. 3 E-GASI Ausländische Amtshilfeersuchen

Ausgetauscht werden Informationen über Steuern, die von den Bestimmungen des geltenden DBA erfasst werden, oder unter die Bestimmungen über den Informationsaustausch desselben Abkommens fallen, falls dessen Geltungsbereich weiter gefasst ist. Beschränkt sich also ein von der Schweiz abgeschlossenes DBA grundsätzlich auf Einkommens- und Vermögenssteuern, so wird die Schweiz dem betroffenen Staat auf der Grundlage des GASI aber Amtshilfe für sämtliche Steuern leisten – mithin also auch für Steuern, die gar nicht vom DBA erfasst sind und in ihrer Natur oder Art dem schweizerischen Steuersystem unbekannt sind, und mit den schweizerischen Verfassungsgrundsätzen über die Besteuerung (z.B. Grundsätze der Gleichmässigkeit und rechtsgleichen Erhebung sowie der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) unvereinbar sind. Da in einem solchen Fall der Anwendungsbereich des DBA durch das GASI automatisch erweitert wird, muss dieser erweiterte Geltungsbereich nach Ansicht des VSV Gegenstand neuer Verhandlungen (über ein DBA oder ein Informationsaustauschabkommen) sein und kann nicht durch ein Gesetz einseitig zur Anwendung kommen. Wir schlagen deshalb vor, dass für Staaten, mit denen, auf bestimmte Steuern beschränkte DBAs abgeschlossen wurden, die Amtshilfe auf Ersuchen nur für die vom DBA erfassten

Steuern zur Anwendung kommt. Die komplette Anwendung des OECD-Standards auf alle möglichen Steuern muss stets neu verhandelt und in einem neuen oder revidierten Abkommen festgehalten werden.

3. Art. 4 E-GASI Voraussetzungen für die Leistung von Amtshilfe

Gemäss Artikel 4 Abs. 2 des Vorentwurfs erfolgt weder eine abstrakte, noch eine konkrete Prüfung, ob der Staat, welcher die Schweiz um Informationsübermittlung ersucht, die Einhaltung der international anerkannten Standards zum Informationsaustausch in allen Aspekten auch mit hinreichender Sicherheit gewährleisten kann und wird. Es soll genügen, dass der ersuchende Staat zum Zeitpunkt des Ersuchens der Schweiz bestätigt, dass er den Standard einhalten *kann*. Ob er dies auch wirklich will, soll ebenso offengelassen werden, wie die Beantwortung der Frage, ob eine solche Selbstdeklaration überhaupt ein realistisches Fundament hat.

Gerade im Hinblick auf den strengen Datenschutz, der Bestandteil des Standards ist, kann dies aus Sicht des VSV nicht ausreichen. Wenn man die Liste der Staaten anschaut, mit denen ein DBA besteht, kann man nicht ohne weitere, insbesondere konkrete Prüfung davon ausgehen, dass der Umgang mit den übermittelten Daten in allen Staaten unter Wahrung der Privatsphäre der potenziell betroffenen Personen und unter Einhaltung strenger Datenschutzrichtlinien erfolgen wird. Zahlreiche DBA-Partnerstaaten der Schweiz können und wollen den Schutz von Personendaten auf dem von international anerkannten Standards nicht gewährleisten.

Auch beim OECD-Standard für den automatischen Informationsaustausch (AIA) ist es ein sehr wichtiger Grundsatz, dass vor Abschluss einer Vereinbarung mit einem anderen Staat sichergestellt sein muss, dass der die Informationen erhaltende Staat über einen entsprechenden Rechtsrahmen sowie Verwaltungskapazitäten und -verfahren verfügt, um die Vertraulichkeit der erhaltenen Informationen und deren, auf die in der Vereinbarung genannten Zwecke begrenzte Verwendung gewährleisten kann. Da sich nicht alle Staaten, mit welchen die Schweiz ein DBA abgeschlossen hat, auch dem AIA anschliessen werden, kann nicht davon ausgegangen werden, dass diese Datenschutzrichtlinien überall mit der gleichen Sorgfalt eingehalten werden. Zum Schutz der betroffenen Personen müssen hier strenge Richtlinien gelten. Es wäre für einen Staat wie die Schweiz nicht zu verantworten, würden Daten über Personen in Länder geliefert werden, in denen diese einer willkürlichen Weiterverwendung ausgesetzt wären. Der Ruf der Schweiz als demokratisch verfasster Rechtsstaat, dem die Einhaltung der individuellen Grundrechte ein wichtiges Anliegen sind, kann durch die Gewährung der Amtshilfe an „ungeeignete“ Staaten, massiven Schaden nehmen.

In Artikel 4 Abs. 2 Buchstabe d VE-GASI wird, analog Absatz 2 von Art 26 OECD-Musterabkommen, ausdrücklich festgehalten, dass die Informationen nur für Steuerzwecke verwendet werden dürfen. In Art 4 Abs. 2 Buchstabe e E-GASI wird dann der ESTV die Möglichkeit geboten, unter bestimmten Voraussetzungen der anderweitigen Verwendung der Informationen zuzustimmen. Diese Ausnahme ist weder im OECD-Musterabkommen vorgesehen noch entspricht sie dem Grundsatz des Spezialitätsprinzips, welches die Grundlage des OECD-Standards und des AIA bildet. Diese Bestimmung im Schweizer Gesetz geht über den Grundsatz im Musterabkommen hinaus und bildet die gesetzliche Grundlage für eine weiterführende Verwendung der Informationen. Der VSV erachtet die Einhaltung des Spezialitätsprinzips als zwingend notwendig und fordert deshalb auch die Streichung von Buchstabe e.

4. Art. 7 E-GASI Verwendung der von der Schweiz ersuchten Informationen

Analog zu Art. 4 Abs. 2 Buchstabe e soll auch hier der Grundsatz des Spezialitätsprinzips gelten, was bedeutet, dass die Schweiz die vom Partnerstaat erhaltenen Informationen nur zu Steuerzwecken verwenden darf. Von Ausnahmen davon sollte nicht ausgegangen werden und deshalb ist eine gesetzliche Grundlage für Ausnahmen nicht notwendig. Der VSV verlangt deshalb auch die Streichung von Art. 7 Abs. 3 E-GASI vor.

Abschliessend bedanken wir uns für die Möglichkeit zur Vernehmlassung zum Entwurf zum Bundesgesetz über die einseitige Anwendung des OECD-Standards zum Informationsaustausch (GASI). Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

**Verband Schweizerischer
Vermögensverwalter | VSV**



Alexander Rabian
Vorsitzender der Geschäftsleitung SRO



Nicole Kuentz
Mitglied der Geschäftsleitung SRO